Bürgermeister Dr. Max Leitterstorf dankte der Polizei und der Unfallkasse NRW für die geleistete Arbeit und die Berichterstattung im Rahmen der Pressekonferenz, die am Sitzungstag stattfand.

Gemäß der Aussage des Brandermittlers lagen keine Anzeichen für eine Brandstiftung als Ursache des Brandes vom 18.06.2023 vor.

Der allgemeine Tenor der Pressekonferenz lobte die Ausbildung und die technische Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehr Sankt Augustin.

Hervorzuheben sei zudem die Arbeit des SAE, welcher noch am 18.06.2023 einberufen und für fast zwei Wochen regelmäßig tagte. Die Aufgaben dieses Stabes stellen sich bei diesem Ereignis umfangreich dar. In der Vergangenheit wurde der SAE mehrfach bei unterschiedlichsten Anlässen aktiviert. So tagte er beispielsweise laufend während der Corona-Pandemie in den letzten Jahren.

Nach dem Einsatz vom 18.06.2023 wurden im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung 265.000,00€ für die Feuerwehr bereitgestellt. Die Mittel dienten zur Anschaffung von beschädigter Ausrüstung oder der Reparatur. Weiterhin mussten die laufenden Einsatzkosten aus diesen Mitteln bestritten werden.

Zwei weitere Dringlichkeitsentscheidungen wurden für die Ersatzbeschaffung des LF20 der Einheit Niederpleis unterzeichnet. Wie schon beschrieben, ist das Fahrzeug bestellt. Das Kostenvolumen beläuft sich auf 450.000,00€, abzgl. der zu erwartenden Versicherungsleistungen.

Auf dem Spendenkonto für die Hinterbliebenen der beiden verstorbenen Feuerwehreinsatzkräfte ist mittlerweile ein mittlerer, 6-stelliger Betrag eingegangen. Diese Gelder können den Verlust der beiden geliebten Menschen nicht aufwiegen, aber vielleicht die eine oder andere Sorge mildern. In der Vergangenheit wurden seitens der Stadtverwaltung, nach den jeweiligen Beschlüssen, Zusatzversicherungen für die Feuerwehrkräfte abgeschlossen. Diese Investitionen machen sich nun bezahlt und die Hinterbliebenen erhalten deshalb zusätzliche Versicherungsleistungen - über die Leistungen der Unfallkasse hinaus.

Das Brandgebäude wurde zwischenzeitlich abgerissen und die Nachbargebäude – in Zusammenarbeit mit der Bauaufsicht – untersucht. Die Werkstatt war als Teil eines Denkmals (Saalbau) in der Denkmalliste eingetragen und ist nunmehr aus dieser gelöscht (Teillöschung). Die Freigabe des noch vorhandenen Bauschuttes erfolgte zwischenzeitlich, sodass dieser nun entsorgt werden kann.

Zum Zeitpunkt der Ausschusssitzung lag ein Antrag auf Errichtung einer Leichtbauhalle für eine Übergangszeit von 2 Jahren als Ersatz für die abgebrannte Werkstatt vor. Eine anschließende Nachnutzung wird in Absprache mit der Bauaufsicht erörtert.

Die Wertschätzung und der Respekt, der der Freiwilligen Feuerwehr gegenüber entgegengebracht wird, sei nach wie vor in der Gesellschaft deutlich spürbar.

Der Ausschussvorsitzende, Guido Bonerath, berichtete, dass er an der Pressekonferenz teilnahm und diese sehr gut organisiert war. Der Feuerwehr wurde durch alle Akteure ein hervorragendes Testat ausgestellt.

Der ursprüngliche Sitzungstermin des Feuer- und Bevölkerungsschutzausschusses am 13.09.2023 fällt aus. Alle relevanten Themen wurden in dieser Sitzung bearbeitet.